

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Erstes Kapitel: Einleitung	23
§ 1 Problemaufriss	23
§ 2 Gegenstand und Ziel der Untersuchung	30
§ 3 Gang der Darstellung	31
Zweites Kapitel: Untersuchungsrelevante Grundzüge der Einziehung	35
§ 1 Grundlegendes	35
I. Systematik und Zweck	36
II. Rechtsnatur	39
III. Rechtspraktische Bedeutung und Alternativinstrumente	40
IV. Varianten der Einziehung	42
V. Anforderungen an den Gesellschaftsvertrag	44
1. Grundsätzliche <i>ratio legis</i> hinter § 34 Abs. 1 und 2 GmbHG	44
2. Nachträgliche Aufnahme von Einziehungsregelungen	45
a) Meinungsstand	46
b) Stellungnahme	48
VI. Rechtsfolgen der Einziehung	49
1. Rechtsfolgen für den eingezogenen Geschäftsanteil, die Nennbeträge und das Stammkapital	49
2. Rechtsfolgen für den betroffenen Gesellschafter	50
3. Rechtsfolgen für die verbleibenden Gesellschafter	52
4. Rechtsfolgen für Dritte	54
§ 2 Ist die Einziehung ein Fremdkörper im System des GmbHG?	55
§ 3 Prämissen für die Folgekapitel	57

Drittes Kapitel: Inkongruenz von Nennbeträgen und Stammkapital infolge Einziehung	59
§ 1 Das Verhältnis von Einziehung und Kongruenzgebot	59
I. Bedeutung des Nennbetrags für den Geschäftsanteil	60
II. Das Verhältnis zwischen § 34 und § 5 Abs. 3 Satz 2 GmbHG	61
1. Vorgeschichte	62
2. <i>Ipso iure</i> und beteiligungsproportional erfolgende Anpassung der Nennbeträge?	64
3. Automatischer Erwerb durch die Gesellschaft?	65
4. Angleichungsmaßnahmen zwingend erforderlich?	66
5. Anpassung binnen einer Übergangsfrist erforderlich?	67
6. Angleichungsmaßnahmen weiterhin fakultativ?	67
7. Stellungnahme	68
a) Vorüberlegungen	69
aa) Bedeutungsgehalt der Gesetzesbegründung zum MoMiG	69
bb) Canonische Auslegung des § 5 Abs. 3 Satz 2 GmbHG	71
(1) Wortlaut	71
(2) Historie	72
(3) Systematik und Telos	72
b) Stellungnahme zum Anwachsungsmodell	73
c) Stellungnahme zum automatischen Erwerb durch die Gesellschaft	75
d) Stellungnahme zur Übergangsfrist	75
e) Stellungnahme zur Pflicht gleichzeitiger Anpassung	76
III. Zwischenergebnis und Prämissen für die weitere Untersuchung	77
§ 2 Die Angleichungsinstrumente zur Beseitigung von Inkongruenz in ihren Grundformen	78
I. Kapitalherabsetzung um den Nennbetrag des eingezogenen Geschäftsanteils	79
II. Quotale Aufstockung	81
1. Dogmatische Herleitung	81
2. Wirkung und Anwendungsgrenzen	82
3. Formelle und materielle Voraussetzungen	83
a) Grundvoraussetzung: freies Stammkapital	83

b) Formfreier Gesellschafterbeschluss mit einfacher Mehrheit	84
c) Erfordernis erneuter Einlageleistung?	86
d) Erfordernis einer gesonderten Übernahmeerklärung?	88
4. Registerrechtliche Implikationen	89
III. Revalorisierung	90
1. Wirkung und Anwendungsbereich	90
2. Rechtspraktisches Bedürfnis	91
3. Grundsätzliche Zulässigkeit	92
a) Meinungsstand	92
b) Stellungnahme	95
4. Verfahrensvoraussetzungen	100
a) Grundvoraussetzung: „freies“ Stammkapital	101
b) Gesellschafterbeschluss	101
aa) Mehrheitserfordernisse und Form	101
bb) Stellungnahme	103
c) Erforderlichkeit von Übernahmeklärungen?	106
d) Entstehen von Einlageverpflichtungen?	107
e) Anforderungen an den neu gebildeten Geschäftsanteil	107
f) Registerrechtliche Implikationen	107
5. Abtretung des revalorisierten Geschäftsanteils	108
a) Zustimmung der Gesellschafter	109
b) Erforderliches Quorum	110
c) Beachtung von Gleichbehandlungsgrundsatz und Treuepflicht	110
6. Zulässigkeit quotaler Neubildung in der Hand der Gesellschafter?	112
§ 3 Zusammenfassung der Vor- und Nachteile herkömmlicher Angleichungsinstrumente	113
§ 4 Prämissen für die Folgekapitel	114

Viertes Kapitel: Disquotale Angleichung als Instrument zur Beseitigung von Inkongruenz	115
§ 1 Die disquotale Revalorisierung und disquotale Aufstockung als Denkmodelle disquotaler Angleichung	115
I. Denkmodell disquotaler Revalorisierung	116
1. Abgrenzung zum Grundfall der Revalorisierung	116
2. Verfahrensvoraussetzungen	117
a) Grundvoraussetzung: freies Stammkapital	117
b) Anforderungen an den neu gebildeten Geschäftsanteil	118
c) Gesellschafterbeschluss	118
d) Mehrheits- und Mitwirkungserfordernisse	119
aa) Grundsätzlich: qualifizierte Mehrheit und Zustimmung des Begünstigten	119
bb) Einfluss statuarischer Vinkulierungsklauseln	120
e) Zustimmung der benachteiligten Gesellschafter?	123
f) Einreichung einer aktualisierten Gesellschafterliste	124
3. Weitere Voraussetzungen?	124
a) Keine Satzungsänderung	124
b) Kein Beurkundungserfordernis aus § 15 GmbHG	125
c) Keine Eintragungspflicht	125
d) Kein Erfordernis einer Übernahmeerklärung i. S. d. § 55 Abs. 1 GmbHG, aber Notwendigkeit schuldrechtlicher Abreden	125
e) Kein Entstehen einer Einlageverpflichtung	127
f) Keine Beurkundungspflicht etwaiger Gegenleistungsversprechen	129
II. Denkmodell disquotaler Aufstockung	129
1. Abgrenzung zu nomineller Aufstockung und disquotaler Revalorisierung	130
2. Verfahrensvoraussetzungen	131
a) Grundvoraussetzung: freies Stammkapital	131
b) Gesellschafterbeschluss mit qualifizierter Mehrheit und Zustimmung des Begünstigten	132
c) Keine Satzungsänderung, keine Beurkundungserfordernisse, kein Zustimmungserfordernis	132
d) Keine Eintragungspflicht	133

e) Einreichung einer aktualisierten Gesellschafterliste	133
f) Kein Entstehen einer Einlageverpflichtung und kein Erfordernis einer Übernahmeerklärung i. S. d. § 55 Abs. 1 GmbHG	133
§ 2 Meinungsspektrum zu disquotalen Angleichungsinstrumenten	133
I. Vorbemerkungen	134
II. Angedeutete Positionen der Rspr.	135
III. Ablehnende Meinungsströmungen in der Literatur	139
1. Vertreter <i>ipso iure</i> erfolgreicher Angleichung sehen keinen Anwendungsbereich	139
2. Disquotale Aufstockung bedeutet Systembruch und verstößt gegen den Rechtsgedanken des § 57j GmbHG	140
IV. Befürwortende Auffassungen	143
1. Zulässigkeit bei Zustimmung der benachteiligten Gesellschafter	144
2. Zulässigkeit bei einstimmiger Beschlussfassung und Beurkundung des Beschlusses	145
3. Zulässigkeit ausschließlich zur Glättung unteilbarer Spitzenbeträge	146
4. Zulässigkeit bei Zulassung im Gesellschaftsvertrag	147
V. Kernthesenextraktion	147
1. Ablehnendes Meinungsspektrum	147
2. Befürwortendes Meinungsspektrum	148
3. Vermittelndes Meinungsspektrum	148
§ 3 Konsequenzen des ablehnenden Meinungsspektrums für den Einziehungsbeschluss	149
I. Folgen der verschiedenen Meinungsströmungen für disquotale Angleichung	150
II. Nichtigkeit auch des Einziehungsbeschlusses bei gemeinsamer Beschlussfassung?	151
1. Gestaltungsvorschläge in den gängigen Formularbüchern	151
2. Die gesetzliche Grundregel des § 139 BGB	152
III. Heilung durch Eintragung nach § 242 Abs. 2 Satz 1 AktG analog?	154

IV. Anteilsverfügungen trotz gescheiterter Aufstockung	155
1. Anwendung des sachenrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatzes	156
2. Erwerb vom „nicht so“ Berechtigten	157
a) Verkauf und Abtretung sämtlicher Geschäftsanteile an der Gesellschaft	158
aa) Erwerb durch einheitlichen Erwerber	158
bb) Erwerb durch mehrere Erwerber	159
(1) Ausgangslage für disquotale Aufstockung und Revalorisierung	159
(2) Möglichkeit des gutgläubigen Erwerbs zu disquotale erhöhten Nennbeträgen?	161
(3) Anteile der übrigen Gesellschafter	164
cc) Zwischenergebnis und Prämissen	164
b) Abtretung des gesamten Anteilsbestands eines Gesellschafters	165
aa) Disquotale Aufstockung	165
bb) Disquotale Revalorisierung	165
c) Teilabtretung aus dem Anteilsbestand eines Gesellschafters	166
d) Anteilige Abtretung durch sämtliche Gesellschafter	168
3. Einfluss auf das Kausalgeschäft	169
4. Ausgleichsansprüche innerhalb des Gesellschafterkreises?	174
a) Scheitern des gutgläubigen Erwerbs	174
b) Gutgläubiger Erwerb vom Nichtberechtigten	176
c) Unrichtige Allokation der Gegenleistung	176
5. Handlungsempfehlungen	177
V. Zurückweisung der Gesellschafterliste?	178
 Fünftes Kapitel: Plädoyer für disquotale Angleichungsmaßnahmen	 181
§ 1 Zulässigkeit im Gesellschaftsvertrag verankerter disquotaler Angleichung	181
§ 2 Keine analoge Anwendung des § 57j GmbHG oder seines „Rechtsgedankens“	183
I. Was ist ein Rechtsgedanke?	184
1. Begriffsverwendung in der neueren Literatur	185

2. Ableitung allgemeiner Rechtsgrundsätze anhand von Gesamtanalogien	186
3. Destillation von Rechtsgrundsätzen aus Einzelnormen	187
4. Ansatzpunkte einer Induktion aus § 57j GmbHG	188
5. Zwischenergebnis	189
II. Tauglichkeit des § 57j GmbHG als Pate eines allgemeinen Rechtsgedankens	190
1. <i>Unikum</i> § 57j GmbHG – Normexegese	191
a) Wortlaut und Historie	192
aa) Eindeutige Ausgangslage	192
bb) Fingerzeig Normhistorie?	192
cc) Vorgeschichte der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	194
dd) Einführung des KapErhG von 1959	195
(1) Vorbemerkungen	195
(2) Diskussion im Wirtschaftsausschuss	197
(3) Bundestagsdebatte	199
(4) Zwischenergebnis	201
ee) Nachlese zwischen kleiner und großer Aktienrechtsreform	203
ff) Große Aktienrechtsreform von 1965	206
gg) Spätere Reformen und Übernahme in das GmbHG	208
hh) Zwischenergebnis	209
b) Systematische Erwägungen	210
aa) Vergleich mit effektiver Kapitalerhöhung	210
bb) Kombination nomineller mit effektiver Kapitalerhöhung	215
cc) Disquotale Verteilung des Liquidationserlöses	218
dd) § 204 AktG	219
ee) Nicht verhältnismäßiger Formwechsel	220
ff) Zwischenergebnis	223
c) Telos	223
d) Teleologische Reduktion bei Zustimmung sämtlicher Gesellschafter?	226
(1) Meinungsstand	227
(2) Stellungnahme	230
e) Schlussfolgerungen	233

2. Überlegungen de lege ferenda	234
III. Nichtvorliegen der Analogievoraussetzungen im Übrigen	235
1. Keine planwidrige Regelungslücke	236
2. Keine vergleichbare Interessenlage	237
3. Zwischenergebnis	241
IV. Eigene Systemwidrigkeit des § 57j GmbHG	241
§ 3 Nichtvorliegen eines Systembruchs oder eines Verstoßes gegen das «Wesen der GmbH»	243
I. Prägende Wesens- und Strukturmerkmale der GmbH	244
1. Stellung der GmbH im kapitalgesellschaftlichen System	245
2. Kapitalgesellschaft vs. Realstruktur	245
3. Satzungsautonomie und umfassende Gestaltungsfreiheit	246
4. Freie Übertragbarkeit der Mitgliedschaft vs. Beurkundungserfordernis	249
5. Zwischenergebnis	249
6. Vereinbarkeit der disquotalen Angleichung	250
II. Disquotale Angleichungsmaßnahmen als systemisches Pendant zur Anwachsungsfolge	250
1. Disquotale Anwachsung im Recht der Personengesellschaften	251
a) Keine Disponibilität der Anwachsungsfolge selbst	251
b) Gestaltung der Anwachsungsquote	252
c) Rechtstechnik	253
d) Änderungen im Zuge des MoPeG	254
2. Systematische Schlüsse	254
III. Keine Anwendung oder Umgehung des § 15 Abs. 3 GmbHG	255
1. Kein Übereilungsschutz	256
2. Beweisfunktion	257
3. Verfügungsbegriff	258
4. Wortlaut	259
IV. Gesamtfazit zum Einwand der Systemwidrigkeit	259
§ 4 Kein Zustimmungserfordernis bei Vorliegen eines sachlichen Grundes	261
1. Hintergrund	261
2. Absolut und relativ unentziehbare Mitgliedschaftsrechte	262
3. Wesensgleichheit zur effektiven Kapitalerhöhung unter Bezugsrechtsausschluss	263

§ 5 Keine Beschränkung auf das Abfangen unteilbarer Spitzen	267
§ 6 Versagen der Alternativvorschläge zum Umgang mit unteilbaren Spitzen	268
I. Bildung gemeinschaftlich gehaltener Spitzengeschäftsanteile oder von Teilrechten nach § 57k GmbHG analog	269
1. Konturierung der Vorschläge	269
2. Stellungnahme	270
II. Kombination aus Aufstockung und Kapitalmaßnahme	273
1. Konturierung des Vorschlags	273
2. Stellungnahme	274
III. Kombination zweier Einziehungen	276
1. Konturierung des Vorschlags	276
2. Stellungnahme	277
§ 7 Beitritt und anlasslose Nennbetragsverschiebung?	278
I. Beitritt durch Revalorisierung in der Hand eines Dritten?	278
II. Beitritt im Wege disquotaler Aufstockung?	280
III. Anlasslose Revalorisierung oder Nennbetragsverschiebung?	281
§ 8 Überlegungen <i>de lege ferenda</i>	282
§ 9 Empfehlungen zur Gestaltung der Einziehungsklausel	283
Sechstes Kapitel: Zusammenfassung der wesentlichen Untersuchungsergebnisse	287
Literaturverzeichnis	305